



Philipp Flury / pixelio.de



Das Sparprogramm des Grossen Rats bedeutet weniger Geld für die Pflege von älteren und psychisch kranken Menschen.

Der Kanton Bern in der Steuersenkungs-Spirale

«Man muss dem Staat das Geld wegnehmen», forderte ein rechter Scharfmacher im Januar 2010 in der Berner Zeitung, sonst habe «der Staat nie den Anreiz zu sparen.» Diese Aussage entspricht exakt dem Programm der bürgerlichen Mehrheit in unserem Kantonsparlament. Unterstützt wird die parlamentarische Rechte seit langem von BZ-Chef Hug, der 2012 tiefere Motorfahrzeugsteuern forderte und salopp darauf verwies, dass einfache Rezepte nicht immer schlechte Rezepte seien. Sein Steuersenkungs-Redaktor Fabian Schäfer lobte noch anfangs 2009 Luzern wegen der Halbierung der Unternehmenssteuern, ein Schachzug mit verheerenden Folgen, wie die Luzerner inzwischen wissen.

Abbau auf Kosten der Schwächsten

Die Bürgerlichen und ihre Berner Zeitung haben ihr Ziel erreicht. Aufgrund der Steuersenkungen seit 2008 fehlen dem Kanton Bern allerdings nun jährlich über 400 Millionen Franken. Ohne Rückkommen auf einen Teil der Steuersenkungen sind weit gehende Kürzungen zwingend, niemand will eine Neuverschuldung. Rücksichtslos hat die bürgerliche Mehrheit im November den Abbau durchgesetzt. Bereits nächstes Jahr stehen Bernerinnen und Bernern im Vergleich zu anderen Kantonen nur noch 92 Prozent der Leistungen zur Verfügung: weniger Pflege für ältere und psychisch kranke Menschen, Abbau der Unterstützung von Schulkindern (grössere Klassen), Kürzungen in der Berufsbildung, an den Mittelschulen und den Hochschulen.

Bei einem durchschnittlichen Monatseinkommen hätte ein Verzicht auf den Abbau bei den Schwächsten und in der Bildung monatlich 30 Franken mehr Steuern gekostet. Wären dies die Spitex der Grosseletern und der Verzicht auf Klassenschliessungen nicht wert gewesen?

Berner Rechte will weiter gehen

Aber dieser Abbau reicht der Berner Rechten nicht. Bereits forderte die BDP-Finanzdirektorin «langfristig die Unternehmenssteuer zu halbieren» und bemerkte zum Leistungsabbau: «Von mir aus hätte man weiter gehen können.» Das bürgerliche Steuersenkungs- und Leistungsabbau-Programm geht weiter. «Dem Staat das Geld wegnehmen» bedeutet Zerstörung des Gemeinschaftlichen. Der Staat als Kern der demokratisch organisierten Gemeinschaft wird als Feind dargestellt. Ein NZZ-Titel bringt die rechte Ideologie auf den Punkt: «Gegen den totalen Steuerstaat». Gibt es denn einen Staat, der keine Steuern einzieht? Ist ein Staat totalitär, wenn er gegen den breit grassierenden Steuerbetrug kämpft?

Gegen die rechte Abbau-Ideologie braucht es wieder eine stärkere Linke im Grossen Rat. SVP, BDP, FDP und GLP fahren mit «Dem Staat das Geld wegnehmen» unseren Kanton an die Wand.



Roland Näf
Grossrat, Parteipräsident SP Kanton Bern

TSCHOU

Ich fühle mich uralt – manchmal

Eigentlich habe ich nicht den Eindruck, dass ich alt bin: ich bin 52 und es geht mir gut. Kürzlich kam ich mir aber uralt vor. Ich nahm an einer interessanten Führung zum Thema «Bärn büglet» teil. Die Studentin erzählte von früher, von Ereignissen, die lange zurücklagen. Plötzlich sprach sie vom Frauenstreik von 1991; für sie war es ein geschichtliches Ereignis, für mich eine wache Erinnerung. Ich muss sie sehr erstaunt angesehen haben. Es wurde mir bewusst, dass ich bereits ein Teil der Geschichte bin, wenn auch nicht gerade eine historische Person.



Ich überlegte mir, was wir Frauen seither erreicht haben. Ist es viel, oder wenig? Heute ist es klar, dass junge Frauen einen Beruf erlernen. Eltern, die das unnötig finden, weil die Tochter ja dann doch heiratet und zu Hause bleibt, gibt es kaum mehr. Es gibt aber noch immer Betriebe, die keine Frauen ausbilden, weil sie über keine Damentoilette verfügen; gerade letzte Woche habe ich das Argument von zwei Garagen gehört.

Die jungen Frauen haben die Gymnasien «erobert», da sind sie in der Mehrheit. Schon hört man fordernde Stimmen, die Schulen müssten mehr für Knaben tun. Dabei wird übersehen, dass die vierjährigen Lehren «in Männerhand» sind. Männer wählen häufiger den Weg über anspruchsvolle Lehren mit Berufsmaturität, gehen dann an die Fachhochschule und später an die Universität. Sie brauchen dafür in der Regel keine zusätzliche Unterstützung. Frauen bleiben zwar heute auch mit Kindern im Beruf, doch sie arbeiten häufig in kleinen Pensen und zu tieferen Löhnen. Und wenn gespart wird, dann sind wir Frauen ganz besonders stark betroffen – dies können wir im Kanton Bern bei der aktuellen Spardebatte hautnah verfolgen.

Alles geht so schrecklich langsam, und zeitweise auch wieder rückwärts. Ich fühle mich manchmal wirklich uralt.

Alles geht so schrecklich langsam, und zeitweise auch wieder rückwärts. Ich fühle mich manchmal wirklich uralt.

Alles geht so schrecklich langsam, und zeitweise auch wieder rückwärts. Ich fühle mich manchmal wirklich uralt.

Alles geht so schrecklich langsam, und zeitweise auch wieder rückwärts. Ich fühle mich manchmal wirklich uralt.

Barbara Stalder,
Präsidentin SP Frauen Kanton Bern

PHILIPPE PERRENOUD (SP), GESUNDHEITS- UND FÜRSORGEDIREKTOR, STEHT UNTER SPARDRUCK

«Sozialpolitik ist eine Querschnittsaufgabe»

GEF-Direktor Philippe Perrenoud missfällt Reparaturpolitik. Er will dafür sorgen, dass soziale Themen auf der politischen Agenda bleiben.

Der Gesundheits- und Sozialbereich ist politisches Kampfgebiet. Als GEF-Direktor musstest Du viel Kritik einstecken. Was beflügelt Dich zum Weitermachen?

Wenn ich der SVP jetzt den Platz überlassen würde, empfänden das viele als Verrat. Die GEF spielt bei der Frage des sozialen Zusammenhalts eine Schlüsselrolle. Ein tolles Team unterstützt mich dabei. Ich selber bin in einfachen Verhältnissen aufgewachsen und weiss, was Armut bedeutet. Ich bleibe meinen Überzeugungen treu.

Du stehst unter enormem Spardruck. Die Sparmassnahmen führen unweigerlich dazu, dass immer mehr Leute unter prekären Bedingungen leben müssen. Wie gehst Du damit um?

Die sozialen Anliegen dürfen nicht von der politischen Agenda verschwinden! Zwischen Gesundheit und sozialem Umfeld gibt es einen engen Zusammenhang. Plakativ ausgedrückt: Arme sterben früher. Deshalb möchte ich als Gesundheitspolitiker nicht nur soziale Schäden reparieren, sondern vorbeugend wirken. Sozialpolitik ist eine Querschnittsaufgabe und umfasst Bildung und Raumplanung ebenso wie wirtschaftliche Anreize. Der Grosse Rat hat kürzlich seine Zustimmung dazu gegeben, sieben Massnahmen zur Armutsbekämpfung zu prüfen, deren Realisierung zehn Millionen Franken kosten würde. Wir bräuchten mehr, und die Umsetzung der im November beschlossenen Sparmassnahmen wird äusserst schwierig. Auch wenn mein Herz manchmal weint – ich werde weiterkämpfen!

Das Spitalversorgungsgesetz ist nach langer und schwieriger Debatte unter Dach und Fach.

Wie gelang der Durchbruch?

Indem ich alle Beteiligten an den runden Tisch brachte. So erzielten wir einen Kompromiss, der die wichtigen Komponenten der Leistungsplanung enthält. Bedauerlich ist, dass der Ausgleichsfonds, der dank einer Abgabe auf Vergütungen durch Zusatzversicherungen gespiesen worden wäre, nicht zustande gekommen ist.

Die Gesundheitsausgaben machen mit einer Milliarde Franken zehn Prozent des Kantons Haushalts aus. Der Kanton trägt mit 55 Prozent die Hauptlast der Spitalkosten. Was geschieht,



Philippe Perrenoud: «Auch wenn mein Herz manchmal weint – ich werde weiterkämpfen.»

wenn die Kosten weiter steigen?

Der Kanton kann nicht nach jeder Kostensteigerung die Steuern erhöhen. Deshalb gerät der Staatshaushalt unter Druck. Die neuen Spital- und Pflegefinanzierungen führten zu einer Lastenverschiebung auf die Kantone. Dadurch

«Ich möchte als Gesundheitspolitiker nicht nur soziale Schäden reparieren, sondern vorbeugend wirken.»

entstanden auf einen Schlag zusätzliche Kosten von rund 300 Millionen Franken pro Jahr. Gleichzeitig beschloss der Grosse Rat Steuer senkungen im Umfang von rund 220 Millionen, und die Senkung der Motorfahrzeugsteuern entzog dem Kanton weitere 100 Millionen Franken. Seien wir ehrlich: Diese Rechnung geht nicht auf.

Wo bestehen überhaupt noch Handlungsspielräume?

Die sind eng. Aber wir müssen sie voll ausnutzen. Die Interessen zwischen öffentlichen und

privaten Spitalern, Zentren und Regionen gehen diametral auseinander. Mit degressiven Tarifen und mit der Spitalliste können wir die Gesundheitskosten etwas beeinflussen. Aber die Liste ist heftig umstritten. Die Kommission des Grossen Rats gewichtete die Interessen der Versicherer leider höher als jene der Steuerzahlenden. Nach Beschwerden und Workshops mit Spitalvertretern haben wir uns nun auf Rahmenbedingungen einigen können.

Interview: Daniel Vonlanthen

KANTONALE WAHLEN 2014

Am 30. März 2014 finden im Kanton Bern Grossrats- und Regierungsratswahlen statt. Die amtierenden SP-Regierungsräte Barbara Egger, Andreas Rickenbacher und Philippe Perrenoud werden alle wieder kandidieren. In einer Interview-Serie spricht links.be mit Egger, Rickenbacher und Perrenoud über die vergangene Legislatur und ihre Pläne für die nächsten vier Jahre. Bisher erschienen: Interview mit Barbara Egger und Andreas Rickenbacher.

Den Kanton aktiv mitgestalten statt nur zuschauen

Die SP Kanton Bern tritt bei den anstehenden Grossratswahlen in den meisten Wahlkreisen mit getrennten Frauen- und Männerlisten an. 5 Kandidatinnen erzählen, weshalb sie für den Grossen Rat kandidieren – und wieso eine stärkere Frauenvertretung diesem Gremium gut tun würde.

Zusammengetragen von Barbara Nyffeler,
SP Frauen Kanton Bern



Nora Haldemann, Geschichtsstudentin, 20jährig, SP-Frauenliste Wahlkreis Mittelland Nord. Geschichte ist mein Studienfach und die Basis, auf der wir unsere Zukunft aufbauen. Die Geschichte können wir nicht mehr ändern, doch wir können aus ihr lernen, um eine egalitäre, solidarische und ökologische Gesellschaft aufzubauen. Ich kandidiere für den Grossen Rat, weil ich nicht mehr ruhig sein kann, wenn ich die Sparbeschlüsse dieses Gremiums sehe; wenn ich immer noch keine Gleichstellung vorfinde; oder wenn ich jeden Tag mit den Ungerechtigkeiten dieser Welt konfrontiert werde. Ich bin jung, motiviert, habe Energie und den Willen – es ist Zeit für eine Veränderung.



Regina Fuhrer, Biobäuerin, 54jährig, SP-Frauenliste Wahlkreis Thun. Ich bin Biobäuerin und kandidiere für den Grossen Rat, weil Landwirtschaftspolitik zu wichtig ist, um sie den SVP-Männern zu überlassen. Der Kanton Bern ist ein Agrarkanton; jeder fünfte Schweizer Bauernbetrieb liegt auf Berner Boden. Bern kann viel bewirken, kann dazu beitragen, dass auch Kleinbetriebe überleben können und dass in der Schweizer Landwirtschaft gesund und nachhaltig produziert wird. Von gesunden Lebensmitteln und einer intakten Landschaft profitieren alle. Dafür setze ich mich ein.



Renate Strahm, Geschäftsleiterin Tagesfamilien Region Langnau, 51jährig, SP-Liste Oberes Emmental. Das Leben im oberen Emmental bietet viel mehr als «nur» Natur: kulturelle Vielfalt, moderne Bildungseinrichtungen und familienergänzende Kinderbetreuung, verschiedenste Sportangebote, gute Einkaufsmöglichkeiten und viel ÖV. Deshalb wohnen hier viele Leute, die SP wählen und SP-Anliegen mittragen. Ihnen möchte ich im Grossen Rat eine Stimme geben. Und sowieso: Frauen politisieren anders, ganzheitlich, konsensfähig, lösungsorientiert ... Deshalb tun sie jedem Gremium gut – auch dem Grossen Rat!



Salome Strobel, Sekretärin bei der SP Aargau, 39jährig, deutschsprachige SP-Frauenliste Wahlkreis Biel-Seeland. Als Geschäftsführerin von Pro Velo Biel/Bienne sass ich meist als einzige Frau an Sitzungen mit Planern und Baufachleuten. Dabei hat der Strassenbau entscheidenden Einfluss auf unsere Sicherheit und betrifft uns Frauen, denn das Unbehagen vor dunklen Ecken und die Furcht vor Übergriffen beeinträchtigen unsere Lebensqualität. Die politischen Entscheide treffen uns genauso – darum braucht es in Bern mehr Frauen, die sich ins «Alltägliche» einmischen und ihre Lebenswelten mitgestalten und verändern.



Ingrid Kissling-Näf, Abteilungsleiterin beim Schweizerischen Nationalfonds, 49jährig, SP-Frauenliste Wahlkreis Stadt Bern. Wissen und Bildung sind der einzige Rohstoff der Schweiz. Umso wichtiger ist es, dass wir in Bildung, Forschung und Innovation investieren. Der Wirtschafts- und Bildungsstandort Bern liegt mir speziell am Herzen: der Innovationspark, Investitionen in lebenslanges Lernen und eine kompetitive Fachhochschule sowie gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sind die Projekte der Zukunft. Als Forschungsmanagerin und Gleichstellungspolitikerin möchte ich mich dafür einsetzen, dass Frauen in Politik, Wirtschaft und Verwaltung die Zukunft des Kantons Bern aktiv und nachhaltig mitgestalten.



SPITZE FEDER

Kampagnenhilfe für richtig Rechte

Sie wäre zu gewinnen gewesen, die Familieninitiative der selbsternannten Volkspartei. Man hätte nur Tradition etwas historischer definieren müssen, schon hätte man auch



die Freunde der ultrafreien Marktwirtschaft im Boot gehabt. Mit dem traditionelleren traditionellen Familienbild. Anstatt 1950 eher Tradition à la 1850. Nichts mehr hätte es dem BIP geschadet, und ge-

sprudelt wären die Steuereinnahmen. Warum hat denn kein Zürcher Goldküsten-Finanzhai daran gedacht? Sonst greifen die doch gern in die ideologische Mottenkiste und träumen von frühkapitalistischen Zuständen!

Nähme Mama nämlich, wie ganz früher, die Kinder gleich mit in die Fabrik, wären die Kleinen nicht mehr fern von Blutsverwandten (um das geht es doch!) und trotzdem betreut. Nicht nur das: Die kleinen, geschickten Finger würden die Wirtschaftsleistung der Schweiz erhöhen. Der Staat könnte sich auch gleich die Lehrerinnen und die Kinderbetreuer sparen. Auch die kinderreiche Bauersfrau könnte dann ihre Kinderschar mit auf die Felder nehmen, wenn der sozialistische Schulzwang nur aufgehoben wäre. Wobei – vielleicht doch nicht. Denn dann würde man sich ja die ausländischen Erntehelfer sparen, die heute zu Hungerlöhnen Schweizer Salat und Äpfel schneiden und pflücken. Und mit tieferen Ausländeranteilen könnte man ja gar keinen Wahlkampf betreiben und wäre plötzlich noch selber schuld. Eine Frage jedoch bleibt: Ist aus der Optik der Fabrikarbeiterin im vorletzten Jahrhundert ein «Heimchen-am-Herd»-Dasein progressiv?

Hannes Rettenmund
Geschäftsleitungsmitglied
SP Kanton Bern

IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Bern, Postfach 1096, 3000 Bern 23, Tel. 031 370 07 80, links.be@spbe.ch
Adressänderungen: abo@spschweiz.ch
Spenden: PK 30-895-9 (SP Kanton Bern)
Redaktion: Oliver Lüthi
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 6. Januar 2014

PARTEITAG VOM 27. NOVEMBER 2013

Nomination von Barbara Egger-Jenzer, Andreas Rickenbacher und Philippe Perrenoud für den Regierungsrat

An ihrem letzten Parteitag im Jahre 2013 hat die SP Kanton Bern mit grossem Applaus ihre drei Regierungsmitglieder für die Wahlen 2014 nominiert. Die Parteidelegierten honorierten damit die ausgezeichnete Arbeit, welche Barbara Egger-Jenzer, Andreas Rickenbacher und Philippe Perrenoud in den vergangenen dreieinhalb Jahren zusammen mit dem Grünen Bernhard Pulver geleistet haben, trotz permanenter bürgerlicher Obstruktion im Grosse Rat.

Der Parteitag brachte auch zum Ausdruck, wie wichtig die linke Wende bei den nächsten Grossratswahlen ist. Gerade in der vergangenen Session hat die bürgerliche Mehrheit im Grosse Rat ohne Hemmungen Schulklassen vergrössert und 47 000 Menschen

die Krankenkassen-Prämienverbilligungen gestrichen. Am Parteitag traten drei von den aktuellen Abbaumassnahmen direkt Betroffene auf. Yvonne Brüttsch von der kantonalen Behindertenkonferenz zeigte, was die Kürzungen für das Leben von Menschen mit einer Behinderung bedeuten können. Raymond Anliker, der Direktor des Bildungszentrums für Wirtschaft und Dienstleistungen, kritisierte die Reduktion bei der Berufsbildung als Schwächung

«Es braucht dringend mehr SP-Sitze im Grosse Rat.»

des Schweizer Erfolgsmodells. Und Mario Renz schilderte als ärztlicher Direktor des Psychiatriezentrums Münsingen eindrücklich die Schicksale von Menschen in seiner Institution, welche nun durch den zusätzlich beschlossenen Abbau in diesem Bereich vor einer schwierigen Zukunft stehen. Für die SP ist deshalb klar: Es braucht bei den Wahlen am 30. März 2014 dringend mehr SP-Sitze im Grosse Rat für eine sozialere Politik.



AGENDA

Nächster Parteitag SP Kanton Bern

26. Februar 2014, 19.15 Uhr,
im Hotel Bern, Bern

Alle Termine: www.spbe.ch/agenda

ROTES BRETT

GRATIS AN EIN KONZERT DES SINFONIE-ORCHESTERS BIEL SOLOTHURN

Das Sinfonie-Orchester Biel-Solothurn ist das einzige zweisprachige Orchester der Schweiz. Im Mittelpunkt der künstlerischen Arbeit stehen die Sinfoniekonzerte, wo sich das Orchester in den vergangenen Jahren besonders im Bereich der Wiener Klassik und der Romantik profiliert hat. Weiteres Interesse gilt der Musik des 20. Jahrhunderts und der zeitgenössischen Musik. Wesentlicher Bestandteil sind neben den Sinfoniekonzerten die besonderen Programme für Kinder, Familien und Senioren, sowie die alljährlich unter freiem Himmel stattfindenden Sommerkonzerte. Gegen Vorweisen der SP-Mitgliederkarte erhalten pro Vorstellung zwei Personen freien Eintritt. Informationen zu den anstehenden Sinfonie-Konzerten finden sich unter <http://www.tobs.ch/de/konzert/sinfoniekonzerte/>.

Das komplette Angebot an Kulturvergünstigungen der SP findet sich auf unserer Webseite, www.spbe.ch, unter der Rubrik «Mitglied werden».

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@spbe.ch